



*Offener Wirtschaftsverband von Klein- und
Mittelständigen Unternehmern, Freiberuflern und Selbstständigen
in Thüringen*

Landesvorsitzender
Gerd Beck
98544 Zella-Mehlis
GBeck-ZM@gmx.de
fon: 0171 / 51 23 762
Geschäftsstelle
Kurhausstraße 6
36433 Bad Salzungen

18. Februar 2011 Rede von Gerd Beck zum OWUS Neujahresempfang
Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Vorstandes des OWUS - Thüringen e. V. begrüße ich Sie zu unserem Neujahrsempfang 2011.

Ganz besonders begrüßen möchte ich den Zentralabteilungsleiter des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie Herrn Klaus Heßler.

Er vertritt Herrn Minister Machnig, der leider wegen eines kurzfristigen Auslandstermins seine Teilnahme an unserer Veranstaltung absagen musste.

Es ist trotzdem ein Novum in unserer Vereinsgeschichte, dass ein hochrangiger Vertreter der Landesregierung unsere Veranstaltung besucht. Wir hoffen, dass damit unser OWUS-Thüringen e. V. noch bekannter wird und vielleicht künftig zu der einen oder anderen Anhörung zu wirtschaftspolitischen Themen mit eingeladen wird.

Weiterhin heiße ich herzlich willkommen, Mitglieder des Bundestages, des Thüringer Landtages, VertreterInnen aus Thüringer Kommunen, von Parteien und Kammern, den Geschäftsführer des OWUS – Dachverband e. V., Mitglieder aus anderen OWUS – Landesverbänden und Mitglieder der LAG „Linke UnternehmerInnen in der Partei DIE LINKE“

Neujahrsempfänge dienen zum einen dem Rückblick auf das abgelaufene Jahr und zum anderen zum Ausblick auf die kommenden Monate.

Blickt man zurück auf das Jahr 2010, so wird allgemein propagiert, dass die große Finanz- und Wirtschaftskrise überwunden sei und aller Orten der große Aufschwung um sich greife.

Es sei mir gestattet, diese Einschätzung nicht allumfassend zu teilen.

Schaut man mit wachem Blick in die Welt, so stellt man schnell fest, dass die Krise keineswegs überwunden ist. Ich nenne nur die Stichworte Griechenland, Portugal, Irland. Allenthalben werden neue milliarden schwere Rettungsschirme über Banken aufgespannt, die von profitgierigen Managern an den Rand des Ruins getrieben wurden.

Auch der Aufschwung ist bei weitem noch nicht bei jedem angekommen, er geht an der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger schlichtweg vorbei. Die vollmundige Ankündigung von mehr Netto vom Brutto ist dank der klugen Politik der Bundesregierung zerplatzt wie eine Seifenblase.

Die Auswirkungen davon bekommen besonders die kleinen Unternehmen in Handel, Gastronomie, Handwerk und Dienstleistung zu spüren. Sie leiden am meisten unter der falschen, einseitig auf den Exportweltmeister Deutschland gerichteten Wirtschaftspolitik. Sie spüren, was es heißt, wenn die Binnennachfrage sträflich vernachlässigt wird. Die Mehrzahl der kleinen und mittleren Unternehmen arbeiten auf dem Binnenmarkt und brauchen hier zahlungskräftige Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen. Daran mangelt es in Deutschland und besonders in einem Niedriglohnbundesland wie Thüringen.

Allerdings haben kleine Unternehmen den Nachteil, dass ihre Sorgen und Nöte kaum wahrgenommen werden.

Wenn ein großes Unternehmen notleidend wird, kommen alle um zu helfen – spannen Rettungsschirme von der Größe eines Sonnenschirmes auf.

Wenn ein kleines Unternehmen notleidend wird, kommt oft nicht einmal der Bürgermeister – geschweige denn es wird ein Rettungsschirm aufgespannt - nicht einmal ein Miniknirps. Die mit Staatshilfe gestützten Banken knausern mit der Vergabe von Krediten an KMU.

Dennoch bilden die Klein- und Kleinstunternehmen letztlich die Basis und das Rückgrat unserer Wirtschaft - auch hier in Thüringen. Fast drei Viertel aller Unternehmensneugründungen sind Kleinunternehmen, sogenannte Soloselbständige. Derer gibt es bundesweit ca. 2,3 Millionen. 70 % aller Beschäftigten arbeiten in KMU nahezu 90% aller Azubis werden in KMU ausgebildet. In Thüringen gibt es nur 11 Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Gleichzeitig sind in 95 % aller Thüringer Betriebe weniger als 20 Mitarbeiter beschäftigt.

Somit muss sich ein wesentliches Augenmerk der Wirtschaftspolitik auf die Kleinunternehmen richten.

Für sie müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ihnen ermöglichen sich am Markt zu etablieren, weg zu kommen vom Image der verlängerten Werkbänke.

Das beginnt schon bei der ganz allgemeinen Einstellung zum Unternehmertum mit all seinen Vor- und Nachteilen. Der OWUS – Thüringen e. V. unterstützt darum im Rahmen seiner Möglichkeiten Initiativen, die der Förderung des Interesses an einer unternehmerischen Tätigkeit dienen. In 2010 waren wir Partner der Gründerwoche Deutschland und haben in diesem Rahmen in der IHK-Außenstelle in Arnstadt eine Veranstaltung durchgeführt. Auch in diesem Jahr wollen wir uns wieder entsprechend engagieren. Ebenso denken wir darüber nach, uns wieder mit einem Infostand am Tag der offenen Tür im Landtag zu präsentieren.

Die Frage der Rahmenbedingungen setzt sich fort in der Frage der sozialen Absicherung von Kleinunternehmern. Hier begrüßen wir zwar die Entfristung der Regelungen zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Existenzgründer – gleichzeitig sehen wir jedoch die damit verbundene erhebliche Beitragserhöhung kritisch und fordern eine Ausweitung des Zugangs zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung auf alle Unternehmer.

Noch kritischer als die Beitragserhöhung in der freiwilligen AV sehen wir allerdings die Regelungen zur Krankenversicherung. Für zahlreiche Kleinunternehmer bedeutet die derzeitige Bemessung der Mindestbeiträge nach einem monatlichen fiktiven Einkommen von ca. 1.200,- EURO, dass der Krankenversicherungsschutz zum schier unbezahlbaren Luxus wird. Hier unterstützen wir die Initiative des OWUS – Sachsen, die Beitragsbemessung nach der realen Höhe der Einkommen vorzunehmen und eine am zu versteuernden Einkommen orientierte Bemessungsgrundlage einzuführen.

Ebenfalls ein Problem für viele Kleinunternehmer ist die Altersvorsorge. Auch hier bedarf es neuer Ideen und Lösungen, wenn nicht eine Generation von altersarmen Kleinunternehmern heranwachsen soll.

Eine weitere wichtige Frage ist aus unserer Sicht die Einführung eines flächendeckenden, branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohnes. Wir als OWUS begrüßen diese ausdrücklich. Nur so kann die Binnennachfrage auf solide Füße gestellt werden. Gleichzeitig kann damit ein Beitrag zur Rechtssicherheit und zur Entbürokratisierung der Lohnabrechnung geleistet werden. Was aktuell mit diversen, unterschiedlichen Mindestlöhnen und für allgemein verbindlich erklärten Tarifverträgen gerade kleinen Betrieben an Prüfungs- und Überwachungsaufwand zugemutet wird, ist schlichtweg eigentlich ein Programm zur Verhinderung von Arbeitsplätzen.

Wir machen aber auch darauf aufmerksam, dass sich ein Mindestlohn erst in drei bis fünf Jahren in einer gestiegenen Nachfrage bzw. Bereitschaft zur Zahlung entsprechend angepasster Preise niederschlägt. Für diese Übergangszeit benötigen Kleinunternehmen Hilfen, da sie die Mehrkosten in aller Regel nicht aus Rücklagen finanzieren können. Wie solche Übergangsregeln aussehen sollten,

darüber wollen wir gemeinsam mit betroffenen UnternehmerInnen und auch mit der Politik im Gespräch bleiben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

daß es nicht immer milliardenschwerer Konjunkturprogramme bedarf um die regionale Wirtschaft zu fördern, haben wir im Rahmen einer Veranstaltung mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag zum Thema Vergaberecht deutlich gemacht.

Unser Credo zu diesem Thema heißt bekanntlich: „Eu-weit ausschreiben – regional vergeben“. Es liegt oft in der Verantwortung örtlicher Entscheidungsträger, wer einen Auftrag der öffentlichen Hand erhält und das schon bei der Formulierung der Ausschreibung. Es sei allen Kommunen ins Stammbuch geschrieben: „Wenn ihr von den ortsansässigen Unternehmen Gewerbesteuer haben wollt, dann müsst ihr auch mit dafür sorgen, dass diese vor Ort Geld verdienen können, dass Thüringer Mittel in Thüringen bleiben.“ Oder anders ausgedrückt: „Das wirtschaftlichste Angebot kommt letztlich immer aus der Region.“ In diesem Sinne habe ich gern die Aussage von Herrn Minister Machnig in einem Interview im Freien Wort gelesen, dass das wirtschaftlichste Angebot nicht immer das billigste sein muss. Wir hoffen, dass dies auch ganz deutlich im geplanten Thüringer Vergabegesetz stehen wird. Wir hoffen auch, dass bei der Erarbeitung dieses Gesetzes daran gedacht wird, dass kleine Unternehmen z. B. insbesondere im Bauhandwerk nicht in der Lage sein werden überzogene bürokratische Auflagen zu erfüllen. Nicht alles was politisch wünschenswert ist, ist letztlich auch praktisch umsetzbar. Gerade für Kleinbetriebe könnten Frauen- oder Ausbildungsquoten oder überzogene Nachweispflichten hinsichtlich ökologischer Kriterien schnell dazu führen, dass sie von vorneherein von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen wären. Vergessen wir zudem nicht, dass in Kleinbetrieben der Chef oder die Chefin meist selbst noch unmittelbar an der Abarbeitung der Aufträge beteiligt ist. Da bleibt oft nur wenig Zeit für langwierige bürokratische Verfahren bei der Angebotserstellung. Eine elektronische Vergabepattform und besonders ein übersichtliches Präqualifizierungsverfahren sind dabei hilfreiche Instrumente.

Ein weiteres Thema ist das weite Feld der Steuerpolitik. Immer wieder beteuert namentlich die FDP, dass der Mittelstand entlastet und das Steuerrecht vereinfacht werden müsse. In der Praxis kommen dann solche Dinge heraus, wie die sogenannte Hotelsteuer. Eine haushaltspolitisch fragwürdige Einsparung an Umsatzsteuer bei den Übernachtungen wird hier mit einem wesentlich erhöhten und damit fehleranfälligen Verwaltungsaufwand nicht nur für die Hotels und Pensionen erkaufte. Dass da dann die Steuerprüfer mit satten Mehrergebnissen aus der Betriebsprüfung kommen verwundert kaum. Oder nehmen wir die Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge. Die damit angekündigte Steuervereinfachung endete in einem über 100-seitigen Erläuterungsschreiben des BMF. Der erhoffte Beitrag zu mehr Steuerehrlichkeit ist auch ausgeblieben. Gleichzeitig wurde gegen das Gebot der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verstoßen, denn Profiteure der Abgeltungssteuer sind Reiche und Superreiche.

Wir brauchen dringend einen Wandel in der Steuerpolitik.

„Eine Regierung muß sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und dem Schweiß ihres Volkes stammt. Es ist gerecht, dass jeder einzelne dazu beiträgt, die Aufgaben des Staates tragen zu helfen. Aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staat teilen muß.“

Meine Damen und Herren, diese Sätze stammen nicht etwa aus einem aktuellen steuer- und abgabenpolitischen Programm sondern von Friedrich II, genannt der Große, König von Preußen. Sie sind aber aus meiner Sicht aktueller denn je.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Freude habe ich die Presseinformation des Thüringer Wirtschaftsministeriums gelesen, eine Initiative für eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung auf den Weg zu bringen.

Ich galube jeder Unternehmer hier im Raum kann ein Lied davon singen, was Verwaltungsbürokratie in Deutschland für Blüten treiben kann. Als Stichworte seien diverse elektronische Meldeverfahren, wie z. B. ELENA genannt. Sie zwingen besonders kleine Betriebe, die z. B. die Lohnabrechnung noch per Hand vorgenommen haben, sich umständlicher EDV-Verfahren zu bedienen oder externe Dienstleister zu beauftragen. Damit entstehen Kosten, die nicht nötig wären.

Ein anderes Beispiel ist das sogenannte BilMoG. Insbesondere kleine GmbH oder Unternehmergesellschaften (haftungsbeschränkt) werden hier gezwungen ab dem Jahr 2010 zwei Bilanzen – eine Steuerbilanz und eine Handelsbilanz – aufzustellen. Ein Aufwand der eigentlich für diese kleinen Unternehmen nicht nötig wäre, weil sie weder an den internationalen Finanzmärkten agieren noch großen Gesellschafterkreisen verpflichtet sind. Hier wären dringend Nachbesserungen nötig, z. B. im Wege einer Bundesratsinitiative.

Wirtschaftsfreundliche Verwaltung heißt aber auch, dass die Wege zu den Ämtern überschaubar bleiben. Daher ist unsere Forderung im Zuge der allseits diskutierten Verwaltungs- und Strukturreform dafür Sorge zu tragen, dass die wichtigsten Ämter für die Bürger und Betriebe wohn- bzw. standortnah erreichbar bleiben. Dabei ist auch auf gewachsene Bindungen und eine gute Verkehrsanbindung auch mit ÖPNV zu achten, z. B. sind Leute aus Zella-Mehlis seit je her gewohnt, aufs Amt nach Suhl zu gehen und nicht nach Schmalkalden oder Meiningen.

Und so wird es in anderen Regionen auch sein.

Verwaltung muss sich als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger verstehen – nicht umgekehrt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine wichtige Frage im Hinblick auf den Berufsnachwuchs ist, die weitere Entwicklung der Schulbildung. Längeres gemeinsames Lernen ist dabei ein wichtiger, wenn nicht sogar der wichtigste Punkt.

Ein anderer ist die Ausprägung von Leistungsbereitschaft und Leistungswillen. Da sind Vorschläge, wie der von Herrn Kultusminister Matschie bis zur siebten Klasse keine Noten zu vergeben, schlichtweg grober Unfug.

Besser wäre es, darüber nachzudenken, wie die Vorbereitung auf das Arbeitsleben noch besser in die Lehrpläne integriert werden kann, wie eine engere Verzahnung von schulischer Theorie und betrieblicher Praxis erreicht wird. Meines Wissens nach gibt es in Thüringen Unternehmen, die mit Modellen ähnlich dem PA-Unterricht zu DDR-Zeiten gute Erfahrungen z. B. bei der Gewinnung von Auszubildenden machen.

Ich könnte noch eine ganze Reihe von weiteren Themen aufwerfen, die den KMU auf den Nägeln brennen.

Wichtig ist, dass die Politik erkennt, dass der Klein- und Mittelstand der Träger der Wirtschaft ist und nicht die Deutsche Bank oder die anderen Großunternehmen.

Ohne starke KMU läuft unsere Wirtschaft auf Dauer nicht. Die KMU handeln mehrheitlich „Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung“.

Ich übergebe nun das Wort an Herrn Heßler.